

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Leipzig.  
Raden & Comp., Nr. 20617.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:  
Gebr. Kröner, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,76 M., durch  
den Postbezugsstellenpreis 8,26 M., unter Streifenband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 12,00 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 9-spaltige Hauptzeile 1,50 M., Familienanzeigen  
1,00 M., die 3-spaltige Reflektierte 1,50 M., einschließlich Inserentensteuer. Bei  
mehrfacher Aufgabe Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Ver-  
pflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 19

Dresden, Sonnabend den 24. Januar 1920

31. Jahrg.

## Das teure Brot

Die Erhöhung der Brotpreise und die Tatsache, daß wir an der Vermehrung von Prämissen an die Landwirte keine Kritik geübt haben, hat uns einige entrüstete Zuschriften eingetragen. Wir haben oft genug geäußert, daß wir uns nicht scheuen, die Maßnahmen der Regierung zu kritisieren. Aber in diesem Falle glauben wir, daß sich die Regierung in einer Zwangslage befindet, der sie sich nicht entziehen konnte.

Die Teuerung, unter der wir schon während des Krieges gelitten haben, hat sich während der Revolutionszeit bedeutend verschärft. Damit war aber auch eine Erhöhung der Produktionskosten der Landwirtschaft verbunden. Der Landwirt muß seine Düngemittel, seine Maschinen, seine Ventile usw. bedeutend höher bezahlen als früher und deshalb muß sich eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte auf die Dauer nicht vermeiden.

Es ist richtig, daß die Landwirte während des Krieges gut verdient haben. Die Preise ihrer Produkte stiegen schon in einer Zeit, als ihre Produktionskosten noch nicht erhöht in dem gleichen Maße in die Höhe gegangen waren. Aber heute liegen die Dinge anders. Nicht nur, daß die Aufwendungen, die der Landwirt zu machen hat, höher geworden sind, sondern auch der landwirtschaftliche Boden ist heute nicht mehr derselbe wie vor dem Kriege, weil er lange Jahre nicht so bebaut und bearbeitet worden ist wie früher und die Arbeit des Landmanns trägt daher heute nicht die gleiche Frucht wie ehemals. Es geht dem Landwirt heute so, wie es vielen Arbeitern geht, deren Arbeit nicht mehr so hohen Ertrag bringt, weil sie mit schlechten Werkzeugen und schlechtem Material arbeiten müssen. Es nützt uns nichts, wenn wir auf die guten Verdienste des Landwirts während der Kriegszeit hinweisen. Gewiß, viele Landwirte könnten es aushalten, wenn sie nach den guten Jahren der Kriegszeit jetzt Verluste in Kauf nehmen müßten. Aber die Ernährung des deutschen Volkes würde dadurch auf schwerste gefährdet. Denn eine Produktion, die keine genügenden Erträge bringt, kommt zum Stillstand. Durch Zwang von außen könnte man den Landwirt höchstens dazu bringen, daß er seine Felder oberflächlich bestellt, aber es geht über die Macht jeder Regierung, Millionen von Landwirten dazu anzuhaken, daß sie ihre Acker so gut bearbeiten und düngen, wie das im Interesse unter Volksernährung dringend notwendig ist.

Der enge Zusammenhang zwischen allen Löhnen und Preisen läßt sich durch keine Regierungsverordnung aus der Welt schaffen. Wir haben bei den vielfachen Lohnbewegungen des Revolutionsjahres immer wieder darauf hingewiesen, daß unter den gegenwärtigen Umständen Lohnhöhungen zu Preissteigerungen führen müssen. Es wäre gewiß richtig, wenn man sagen wollte, daß die hohen Löhne an der Teuerung schuld seien. Die Teuerung ist entstanden, weil die Menge unserer Umlaufmittel vermehrt wurde, ein immer größerer Mangel an Waren eintrat, infolge der Kohlen- und Verschleißnot und der Verschlechterung unserer Maschinen und unfreies Material die Bedingungen der Gütererzeugung immer ungünstiger wurden. Aber deshalb kann man nicht behaupten, daß solche Lohnbewegungen, wie sie im Revolutionsjahre stattgefunden haben, eine weitere Verteuerung der Güter herbeiführen müssen, wenn nicht gleichzeitig die ursprünglichen Ursachen der Teuerung beseitigt werden. So lange wir nicht wieder unter besseren Bedingungen produzieren wie das heute der Fall ist, kann mit Lohnbewegungen die Teuerung nicht ausgeglichen werden. So hohe Wucherpreise auch heute gemacht worden sind, so sind unsere Verbrauchsgüter doch nicht nur deswegen so teuer, weil unviel davon verdient wird, sondern vor allem deswegen, weil infolge der ungünstigen Verhältnisse, unter denen der deutsche Arbeiter heute arbeiten muß, im Durchschnitt in jedem Stück Ware, das wir kaufen, mehr Arbeitszeit steckt als ehemals.

Ein Abbau oder auch nur eine künstliche Niederhaltung der Preise ist nicht durch Regierungsverordnungen möglich, sondern nur dadurch, daß die Bedingungen der Produktion wieder besser werden. Das gilt natürlich auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Wie wir schon immer dargelegt haben, müssen wir versuchen, in den nächsten Jahren unsere Ertragsfähigkeit möglichst vollständig aus den Erträgen unserer Böden zu decken, und dazu ist es notwendig, daß wir unsere landwirtschaftliche Produktion nach Möglichkeit steigern. Das aber wieder kann nur geschehen, wenn der Landwirt seinen Boden reichlich düngt und bearbeitet und das wieder wird er nur tun, wenn die Preise, die er für seine Produkte erhält, einen Erfolg für seine Aufwendungen liefern. Gelingt es uns, dieses Ziel einer Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erreichen, so kommen auch die Verbraucher in jedem Falle viel besser weg, als wenn wir

aus dem Ausland Nahrungsmittel in großen Mengen beziehen müssen, weil infolge des schlechten Standes unserer Vahnta sich für uns die Preise von ausländischen Nahrungsmitteln immer noch auf das Vielfache der Summe stellen, die wir für die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft bezahlen müssen.

## Millerand's Antrittsrede

Aus Paris berichtet Savas: In der ministeriellen Erklärung, die in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagte Millerand nach einer Erörterung zur Clemenceau:

Die Zeit der Opfer und Einschränkungen ist noch nicht vorüber. Die Bürgerpflichten lassen sich so aufzuklären: Mehr hervorbringen, weniger verbrauchen. Das ist die erste Bedingung des Aufbaues des Nationalvermögens. Jeder Bürger muß an dem Steuerbedarf tragen helfen. Steuerzahlen heißt Frankreich dienen. Sich dem entziehen, heißt das Vaterland verraten. Millerand sagte darauf, zur Herabsetzung der Geldinflation, zur Verhellung des Gleichgewichts im Budget und zum Beginn der Amortisierung der Staatsschuld müsse man Steuerbühnen überall eröffnen, aber dabei Sorge tragen, den Unternehmungsgeist nicht zu lähmen. Es sei gerecht und moralisch begründet, daß die Bestehenden besonders stark herangezogen werden. Standbald wäre es, wenn die Schwierigkeiten der Gegenwart gewissen Leuten erlaubten, unbegrenzte Gewinne zu machen. Es ist, fuhr er fort, dem Staate nicht möglich, die Ausbeutung der nationalen Reichtümer ausschließlich auf sich zu nehmen. Diese Ausbeutung wird aber so vorgenommen, daß sie dem Staat als Aufseher und Zeitgeber einerseits und den interessierten Genossenschaften andererseits ihren Anteil und Nutzen sichert. Den Arbeitern muß der gerechte Anteil an Gewinn und ebenso an der Organisation der Arbeit selbst gesichert werden. Wir müssen Mittel und Wege suchen, Schiedsgerichte zu schaffen, durch die Arbeitsstreitigkeiten vermieden oder gelöst werden können.

Der Minister sagte weiter mit Bezug auf die Verheerungen, die der Krieg angerichtet habe: Wir haben das Vertrauen in den Völkerbund, er werde die Wiederkehr einer solchen Katastrophe verhindern können. Dieser Völkerbund ist eine neue Ausdrucksform einer alten französischen Sentimentschöpfung. Die Regierung der Republik wird nichts unterlassen, was in ihrer Macht steht, um dem Völkerbund eine starke Organisation zu geben und ihn zu unterstützen. So wäre aber unverzeihlicher Leichtsin, unsere unmittelbare Sicherheit und die Forderung berechtigter Wiederherstellungen nur durch Versprechungen der Zukunft zu verbürgen zu lassen. Eine der ersten Aufgaben, die wir ihnen unterbreiten werden, ist die Organisation unserer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande. Die grausamen Verluste und die

wirtschaftlichen Notwendigkeiten führen dazu, die Militär-dienstzeit herabzusetzen.

Die Ausführungen des Verfallener Vertrages ist für uns Geset. Wir werden sie ohne Gewalttätigkeit, aber auch ohne Schwäche entschlossen und standhaft verfolgen. Sie schließen in sich die enge und freundschaftliche Aufrechterhaltung der Bündnisse, die die Welt gerettet haben. Getreu ihren Ueberlieferungen wird die Republik mit besonderer Sorgfalt Beziehungen vertraulicher Freundschaft mit den kleinen Mächten unterhalten.

Millerand erklärte, daß er im Ausgange der Wahlen dem Willen des Landes erliche, die Einigkeit aller Republikaner unter Ausschluß von Gewalttätigkeiten, mögen sie kommen, woher sie wollen, zur Verteidigung und zum Wohle des Vaterlandes aufrecht zu erhalten. Er appellierte an das Parlament, Zeugnis abzulegen von dieser Verantwortlichkeit, und schloß mit dem Appell: Auf zur Arbeit für Frankreich und die Republik.

## Holland lehnt ab!

Haag, 23. Januar. In der Antwortnote auf das Ersuchen der Allierten um die Auslieferung des vor-maligen Kaisers weiß die niederländische Regierung darauf hin, daß die Verpflichtungen, die sich für Deutschland aus Artikel 228 des Friedensvertrages ergeben können, nicht geltend gemacht werden können, um die Pflichten der Niederlande zu bestimmen, die an diesem Vertrage nicht teil haben. Die niederländische Regierung könne die durch die Forderung der Mächte aufgeworfene Frage nur von dem Standpunkte ihrer eigenen Pflichten betrachten. In dem vorliegenden Falle könne sie keine anderen Pflichten gelten lassen als die, die ihr die Gesetze des Königreiches und die nationale Tradition auferlegen. Weder die konstituierenden Gesetze des Königreiches noch die hundertjährige Tradition, die von jeder der Niederlande zur Zustucht aller derjenigen gemacht haben, die in internationalen Konflikten unterliegen, gestatteten der niederländischen Regierung, dem Wunsche der Mächte zu willfahren und dem vormaligen Kaiser die Wohltat dieser Gesetze und dieser Tradition zu nehmen. Das Recht und die nationale Ehre, deren Wahrung heilige Pflicht sei, überwiegen sich dem. Das niederländische Volk dürfe das Vertrauen derjenigen nicht verraten, die sich seiner freien Entscheidungen anvertraut hätten.

### Bei Volk

Das Organ der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, *De Volk*, schreibt zum Ersuchen der Entente um Auslieferung des früheren Kaisers:

In juristischer Hinsicht steht die Forderung der Allierten auf schwachen Füßen. Die Verfassung der Niederlande und die Sittengesetze gilt auch für die Niederlande. Für die Beurteilung dieser Pflichten gegenüber einer Person, die sich ohne die internationalen Verpflichtungen zu verleben, in den Niederlanden niedergelassen hat, gilt das niederländische Recht.

## Berschärfung des Adria-Konflikts

Der durch die Adriafrage hervorgerufene Konflikt zwischen Italien und Südslawien zeigt sich infolge einer amtlichen Erklärung der amerikanischen Regierung erheblich zu. Zu den Streitpunkten zwischen den beiden direkt beteiligten Staaten gesellt sich jetzt ein energischer Einspruch Amerikas gegen jede Lösung, die nicht mit dem Standpunkt Wilsons, daß Italien kein Anrecht auf Fiume habe, übereinstimmt. Dieser Protest dessen Folgen heute noch nicht abgesehen sind, behält also seine politische Gültigkeit und Wirkung selbst für den Fall, daß Italien und Jugoslawien sich einigen sollten. Der Adria-Konflikt ist also heute schärfer und verwickelter als je zuvor. Eine Reuterspezielle aus New York meldet:

Der Washingtoner Berichterstatter der Associated Press meldet, es sei amtlich mitgeteilt worden, daß die Stellungnahme Amerikas in der adriatischen Frage seit den Mitteilungen Wilsons in Paris keinerlei Änderung erfahren habe. Die amtlichen Persönlichkeiten sind der Ansicht, daß das jetzt zur Beratung stehende Abkommen, das zu der Stellungnahme Amerikas im Widerspruch steht, kaum dessen Zustimmung erhalten dürfte und daher ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten erzwungen werde.

Dazu wird auch Genf gedruckt: Wie bereits das Journal de Debats, nimmt der Temps in einem Leitartikel überaus energisch Stellung gegen das der südslawischen Delegation übergebene Ultimatum, das die alte Annahme des kompromittierten Lord Georges verlannt. Dies sei bezeichnenderweise in englischer Sprache vom Obersten Rat angenommen worden. Der Temps veröffentlicht nunmehr die französische Uebersetzung. Das Blatt hebt hervor, daß Rittis bereits in seinem Automobil sah um zum Zuge nach Rom zu fahren, als Clemenceau in der letzten Sitzung, der er präsierte, der südslawischen Delegation im Namen der anwesenden Mitglieder des Obersten Rates von dem Ultimatum, das die Annahme binnen vier Tagen forderte, Kenntnis gab. Es sei zu bezweifeln, daß das Ultimatum auch im Namen Amerikas ergangen sei, denn die Washingtoner Regierung sei

kaum befragt worden; eine Annahme, die durch die amtliche amerikanische Erklärung vollumfänglich bestätigt wird.

Staltes, so fährt der Temps fort, sei nach der bekannten Erklärung Rittis an das Ultimatum auch nicht gebunden. „Wo soll man es also verstehen?“ fragt das Blatt. „Wo so, daß England und Frankreich allein (ohne Italien) die südslawische Regierung auffordern, das Ultimatum anzunehmen und sich allein verpflichten, es durchzuführen? Werden sie, wenn Südslawien annimmt, d'Annunzio aus Fiume verjagen? Und wie will man das Londoner Abkommen, wenn Südslawien ablehnt, ausführen, nachdem man soviel Verdienst aufgewendet hat, um zu beweisen, daß es unausführbar sei, und nachdem man soviel Energie gegen Geheimverträge aufgebracht hat? Amerika wird keine Maßnahmen nach dem Londoner Abkommen anerkennen. Die Südslawen können also in ihrem Widerstande sich immer auf die Vereinigten Staaten stützen. Weiter enthält der Londoner Vertrag keine Ausführungsbestimmungen, sondern lediglich Zusagen an Italien. Man müßte also einen neuen Friedensvertrag schließen, den die Parlamente in London und Paris erst zu ratifizieren hätten. Schließlich aber teilt der Londoner Vertrag, wie Clemenceau selbst eines Tages in der Kammer erklärt hat, Fiume den Gebieten zu, die an Kroatien, Serbien und Montenegro fallen sollen, also an die Südslawen. Sollte man den Londoner Vertrag durchführen, so wären die Südslawen also noch größer als bei der Durchführung des vor-schlägt Lord Georges: denn in diesem Falle müßte man d'Annunzio aus Fiume hinausbringen, nicht um Fiume zu einer unabhängigen Stadt zu machen, sondern um es der Souveränität des südslawischen Staates zu unterstellen.“

Der Temps schließt mit der ersten Warnung, die ein deutscher Formwert an die Adresse der englischen Politik ist: „Inzwischen wird man gut tun, an die Gefahren zu denken, die das Adria-Problem in sich birgt. Die bösnitisch-herzogtumische Frage, die so ernst Folgen gereizigt hat, ist einst gelöst worden durch einen Irrtum Lord Beaconsfields.“